

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Ausschusses für Technik und Umwelt

vom 22.04.2021

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 17:46 Uhr

Ende: 18:33 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt: 12

Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender

und 12 Ausschussmitglieder

Anwesend:

StR Bauer
StR Degler
StR Dobler
StR'in Eusebi
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Ribbeck
StR Scheib
StR'in Dr. Ulfert

Außerdem anwesend:

Herr Baudezernent Setzer
Herr Großmann
Herr Kaltenleitner
Herr Stier
Frau Groß

Zur Beurkundung

**Erster Bürgermeister
Janocha:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 19 Ausbau Drosselweg - Bekanntgabe der Vergabe
- § 20 Infrastrukturmaßnahme "Modernisierung des Bahnhofs Backnang" im Rahmen des Bahnhofsmodernisierungsprogramms Baden-Württemberg (BMP II)
- Finanzierungsvertrag zur Erstellung der weiteren Planungen
- § 21 Anträge der Fraktionen/Stadträte
- § 22 Verschiedenes
- § 23 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 22. April 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 19

Ausbau Drosselweg - Bekanntgabe der Vergabe

Der Vorsitzende teilt mit, dass man auf einen Sachvortrag verzichte und verweist auf die Sitzungsvorlage sowie die vorangegangene Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung:

Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat mit Baubeschluss vom 29.10.2020 dem Ausbau Drosselweg zugestimmt.

Die Arbeiten wurden vom Tiefbauamt Backnang, der Stadtentwässerung Backnang und der Stadtwerke Backnang GmbH öffentlich ausgeschrieben.

Insgesamt wurden die Ausschreibungsunterlagen von 9 Firmen abgeholt.

Zum Submissionstermin am 16.03.2021 lagen folgende sechs Angebote zur Wertung vor.

Nr.	Bieter	Auftragssumme (Gesamt)	Auftragssumme (Tiefbauamt Backnang)	Auftragssumme (Stadtentwässerung Backnang)	Auftragssumme (Stadtwerke Backnang GmbH)
1.	Lukas Gläser GmbH & Co. KG, Aspach	561.958,59 €	277.642,64 €	162.612,25 €	121.703,70 €
2.	Bieter 2	588.346,71 €	309.575,52 €	145.555,44 €	133.215,75 €
3.	Bieter 3	622.514,43 €	304.316,68 €	176.288,90 €	141.908,85 €

4.	Bieter 4	623.029,24 €	274.149,82 €	197.841,93 €	151.037,49 €
5.	Bieter 5	708.239,71 €	349.163,78 €	187.810,24 €	171.265,69 €
6.	Bieter 6	836.181,77 €	418.302,15 €	181.662,53 €	236.217,09 €

Die Lukas Gläser GmbH & Co. KG aus Aspach ist nach Wertung der Angebote wirtschaftlich günstigste Bieterin. Der Auftrag wurde gemäß § 9.1 Punkt 3b der Hauptsatzung diesem Unternehmen erteilt.

Der Amtspreis für den Ausbau Drosselweg lag bei 671.760,65 EUR brutto. Das wirtschaftlichste Angebot der Lukas Gläser GmbH & Co. KG lag 16,4 % unter dem Amtspreis der Ausschreibung.

Bislang wurden im Haushalt bei PSK 54100000-78720010.058 „Ausbau Teilfläche Drosselweg“ Mittel in 2020 und 2021 in Höhe von 300.000,00 EUR bereitgestellt. Derzeit stehen für Vergaben 243.662,67 EUR zur Verfügung. Die überplanmäßige Deckung erfolgt innerhalb des Budgets über das PSK 54100000-78720010.057 „Neugestaltung Teilfläche Röntgenstraße“ zu einem Betrag von 33.979,97 EUR.

Der Baubeginn ist der ausführenden Firma freigestellt. Die Arbeiten werden voraussichtlich 5 Monate dauern und sollen bis Dezember 2021 abgeschlossen sein.

Das Gremium nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis:

Die Lukas Gläser GmbH & Co. KG aus Aspach hat am 01.04.2021 vom Tiefbauamt Backnang, auf der Grundlage ihres Angebots vom 16.03.2021, den Auftrag für den Ausbau Drosselweg zum Gesamtpreis von 277.642,64 EUR einschl. MwSt. erhalten.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 22. April 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 20

Infrastrukturmaßnahme "Modernisierung des Bahnhofs Backnang" im Rahmen des Bahnhofsmodernisierungsprogramms Baden-Württemberg (BMP II) - Finanzierungsvertrag zur Erstellung der weiteren Planungen

Herr Großmann legt die Maßnahme anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) dar.

1. Ausgangslage

Die Modernisierung und der barrierefreie Ausbau der Anlagen der Verkehrsstation (Bahnsteige und Zugänge) sind neben der Verlagerung des ZOB und der Neunutzung des heutigen ZOB für multimodale Mobilitätsangebote die zentralen Kernbestandteile des Gesamtprojekts Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Backnang.

Im Juli 2014 gelangte der erste Finanzierungsvertrag zwischen der Stadt und der DB Station&Service AG für die HOAI-Leistungsphasen 1 und 2 zur Modernisierung des Bahnhofs Backnang zur Unterzeichnung. Nicht Bestandteil des seinerzeitigen Finanzierungsvertrags war die Untersuchung von Planungsvarianten für die barrierefreie Erschließung der Bahnsteige durch Aufzüge.

Im Ergebnis dieser Variantenuntersuchung wurde mit der DB Station&Service AG vereinbart, den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs über eine von der Stadt zu erstellende neue Fußgängerbrücke als Ersatz für den heutigen Steg auf Höhe des früheren Güterschuppens zu realisieren („Stadtbrücke“). Dem entsprechend wurde der ursprüngliche Finanzierungsvertrag durch die am 22.02.2018 vom Gemeinderat beschlossene und im März 2018 unterzeichnete Ergänzung an die erforderlichen Änderungen der bisherigen Planungen in den Leistungsphasen 1 und 2 angepasst. Dies betraf in erster Linie die Planung der Bahnsteige und der Treppenanlagen sowie die ursprünglich geplante Nutzung der statischen Konstruktion

der Stadtbrücke als Aufzugsschächte.

Auf der Grundlage der Entscheidung des Gemeinderats, nicht länger am Baubeschluss für die Holzbrücke festzuhalten, wurde eine Neuplanung der Stadtbrücke in Gang gesetzt. Diese hat zur Folge, dass die Grundlagen des Vertrags zwischen der Stadt und der DB Station&Service AG entfallen sind. Die Aufzüge einschließlich der Schächte müssen wieder vollständig von der DB Station&Service AG geplant. Dies hat zu einem erheblichen zusätzlichen Abstimmungsbedarf geführt. Die DB Station&Service AG hat daraufhin entschieden, den Bahnhof Backnang von der ersten Tranche des Bahnstationsmodernisierungsprogramms (BMP I) in die zweite Tranche zu verschieben.

2. Vertragsschluss zwischen Stadt Backnang und DB Station&Service AG

Grundlage der mit diesem Vertrag zu vereinbarenden Planungsleistungen sind eine zwischen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW), der Stadt Backnang und der DB Station&Service AG abgestimmte Aufgabenstellung sowie für die Bahnsteigmaßnahmen die Vorplanung des Ingenieurbüros Dipl.-Ing. H. Vössing GmbH (Stuttgart) mit Stand September 2020.

Die Stadtverwaltung befindet sich aktuell noch in Gesprächen mit der DB Station&Service AG über einzelne Formulierungen und Festlegungen des Vertragsentwurfs. Diese haben jedoch keinen Einfluss auf den Umfang der vertragsgegenständlichen Maßnahmen und auf den städtischen Finanzierungsanteil.

Nicht Gegenstand dieses Vertrags ist die Planung der Stadtbrücke selbst und der Treppenanlagen zu den Mittelbahnsteigen der Gleise 2/3 und 4/5. Der Planungsauftrag hierüber ist von der Stadt Backnang im eigenen Namen und auf eigene Rechnung vergeben worden. Wegen des konstruktiven Anschlusses der geplanten Aufzugsanlagen an die Stadtbrücke sind jedoch enge Abstimmungen mit der DB Station&Service AG und dem für die Planung der Infrastrukturmaßnahmen des BMP II beauftragten Planungsbüro notwendig. Die Vertragsunterzeichnung ist vor diesem Hintergrund kurzfristig erforderlich, damit die Planungen für das BMP II weitergeführt und weitere Verzögerungen bei der Planung der Stadtbrücke vermieden werden können.

3. Kosten und Finanzierung

Gegenüber dem BMP I haben sich im BMP II die Finanzierungsmodalitäten verändert. Im BMP I war die Beteiligung der Kommunen an den Bahnsteig- und Unterführungsmaßnahmen auf

die vollständigen Planungskosten sowie 15% der Baukosten nach Schlussabrechnung festgelegt. Die Planungs- und Baukosten der Maßnahmen zur Barrierefreiheit wären vollständig von der Deutschen Bahn übernommen worden.

Im BMP II beteiligen sich die Kommunen dagegen mit einem pauschalen Finanzierungsanteil in Höhe von 20 % an den Gesamtkosten (Planungs- und Baukosten) der Leistungsphasen 1 bis 9 HOAI aller Maßnahmen auf Grundlage der Kostenberechnung nach abgeschlossener Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Auf Grundlage der Kostenberechnung nach Abschluss der Leistungsphase 4 HOAI erfolgt die endgültige Festlegung des Gesamtfinanzierungsanteils der Kommune als Festbetrag. Kostensteigerungen im Zuge der weiteren Planung oder der Bauausführung gehen somit zu Lasten der Deutschen Bahn. Die Stadt hat – im Gegensatz zum BMP I – dadurch frühzeitig Planungssicherheit hinsichtlich ihres Kostenanteils.

Die Kosten für die Erstellung der vertragsgegenständlichen Planungen (Leistungsphasen 3 und 4 HOAI) für die Infrastrukturmaßnahmen einschließlich eisenbahnspezifischer Fachplanungen und interner Leistungen der DB Station&Service AG betragen zum Stand vom November 2020 voraussichtlich 230.000 Euro. Die Stadt Backnang beteiligt sich auf Grundlage des Vertragsentwurfs an den Kosten der Planungen mit einem pauschalen Zuschuss an die DB Station&Service AG in Höhe von 180.000 Euro.

Die Deckung erfolgt über das PSK 51100900-78160000.014 mit 34.000 Euro sowie dem PSK 541000-78720020.003 mit 146.000,00 Euro. Die Deckung ist über die Einsparung bei der Maßnahme „Brücke Stuttgarter Straße“ gewährleistet.

Im Rahmen des BMP I wurden bereits Planungsleistungen der Lph. 1 und 2 HOAI erbracht, die entsprechend dem damaligen Vertrag anteilig von der Kommune und der DB Station&Service finanziert wurden. Unter Berücksichtigung dieser Finanzierung verbleibt aus diesem Vertrag noch ein städtischer Finanzierungsanteil in Höhe von 61.000 Euro. Dieser wird unabhängig vom im neuen Finanzierungsvertrag zu vereinbarenden Fixbetrag nach Abschluss der Leistungsphase 4 auf den städtischen Gesamtanteil in Höhe von 20% der Gesamtkosten der Leistungsphasen 1 - 9 HOAI angerechnet.

Stadtrat Bauer merkt an, dass in früheren Gesprächen die Deutsche Bahn die Kosten für die Aufzüge übernehmen sollte. Er möchte wissen, weshalb die Stadt bei den Kosten nun wieder involviert sei.

Baudezernent Setzer antwortet, dass die Deutsche Bahn für die Aufzüge an den Mittelbahnsteigen zuständig sei. Die Stadtbrücke sowie die beiden äußeren Aufzüge seien in

der Zuständigkeit der Stadt.

Stadtrat Dr. Ketterer möchte wissen, welche Terminverschiebungen es nun bei der Installation der Stadtbrücke geben werde.

Der Vorsitzende verweist auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Stadtrat Gül möchte wissen, wem das Bahnhofsgebäude gehöre und ob dort Maßnahmen geplant seien.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass das Gebäude der DB Station & Service AG gehöre und von dieser in die Liste der unveräußerlichen Liegenschaften aufgenommen worden sei. Man befinde sich in Gesprächen mit der Deutschen Bahn, da man die Umgebung gerne barrierefrei gestalten möchte.

Stadträtin Eusebi möchte wissen, weshalb in der Sitzungsvorlage nur von zwei Aufzügen die Rede sei.

Der Vorsitzende legt dar, dass die beiden äußeren Aufzüge zur Stadt gehören. Die beiden Aufzüge an den Mittelbahnsteigen gehören der Deutschen Bahn.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

empfiehlt

dem Gemeinderat nach kurzer Erörterung einstimmig:

1. Dem Entwurf des Finanzierungsvertrags zwischen der Stadt Backnang und der DB Station&Service AG zur Erstellung der weiteren Planungen für die Erneuerung des Mittelbahnsteigs an den Gleisen 2/3 und die Aufwertung der Personenunterführung (HOAI-Leistungsphasen 3 und 4) sowie die an die veränderte Ausführung der Stadtbrücke angepasste barrierefreie Erschließung der Gleise 2 bis 5 (HOAI-Leistungsphasen 1 bis 4) wird zugestimmt.
2. Dem Ermächtigungsübertrag bei PSK 541000000-78720020.003 von 350.000 € und der überplanmäßigen Auszahlung von 146.000 € wird zugestimmt. Die Deckung der überplanmäßigen Auszahlungen von 146.000 € ist durch den beschlossenen Ermächtigungsübertrag aus 2020 sichergestellt.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 22. April 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 21

Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Vorsitzende teilt mit, dass es zwei Anträge von der Fraktion CIB gebe:

Der Antrag der Fraktion CIB vom 21.04.2021 wird eingebracht:

„Am Kawag-Kreisel werden für die weitere Planung die beiden von der CIB vorgeschlagenen Varianten nach den gleichen Kriterien untersucht und bewertet wie der Vorschlag der Stadtverwaltung (der ja noch nicht bekannt ist).“

Der Vorsitzende verliest den Antrag und teilt mit, dass man diesen Antrag zu gegebener Zeit beantworten werde.

Der Antrag der Fraktion CIB vom 21.04.2021 wird eingebracht:

„Es wird ein einheitliches Verfahren entwickelt und bekanntgemacht, mit dem Radfahrer für sie gefährliche Stellen der Fahrbahn wie Längsspalten und –absätze, Quetschfalten, erhöhte oder vertiefte Gullidecken und Schlaglöcher melden können.“

Der Vorsitzende verliest den Antrag.

Herr Kaltenleitner legt dar, dass es aktuell für alle Mängel bereits einen Mängelmelder gebe. Er schlägt vor, diesen durch bestimmte vorgegebene Rubriken zu ergänzen. Dadurch könne man Themen kategorisieren und entsprechend priorisieren.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob der Antrag hiermit beantwortet sei.

Die Fraktion CIB bejaht dies.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 22. April 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	---

§ 22

Verschiedenes

Verkehrsführung in der Karl-Krische-Straße

Baudezernent Setzer teilt mit, dass die Verkehrsführung in der Karl-Krische-Straße entsprechend der Präsentation (siehe Anlage) angepasst werden solle. Hierbei handle es sich zunächst um einen Versuch. Sollte es im Versuchszeitraum von sechs Monaten zu Problemen kommen, könne man über diese im Nachgang nochmals sprechen und Anpassungen vornehmen.

Stadträtin Dr. Ulfert begrüßt, dass man den Versuch anbiete. Sie ergänzt, dass es Stoßzeiten gebe, in welchen die geplante Verkehrsführung zu Problemen führen könnte. Eventuell wäre eine Ampel in diesem Bereich sinnvoll. Man müsse die Situation vor Ort weiter beobachten.

Stadtrat Scheib weist darauf hin, dass es drei Ausfahrten, jedoch nur eine Einfahrt gebe. Er weist ebenfalls darauf hin, dass man prüfen müsse, ob die Verkehrsführung sinnvoll wäre und zu keinem Rückstau führe.

Baudezernent Setzer merkt an, dass es sich nur um einen Versuch handle und man sich langsam an die Situation vor Ort vortaste.

Stadtrat Franke weist ebenfalls auf die Stoßzeiten vor Ort hin. Ebenfalls gebe es vor Ort viele Personen, welche nicht ordentlich parken sowie Passanten, welche nicht mehr gut zu Fuß seien. Diese Aspekte beschwerten die Situation vor Ort. Er halte es für eine schlechte Lösung.

Der Vorsitzende merkt nochmals an, dass es sich nur um einen Versuch handle.

Aktueller Stand Quartiersplatz Bonhoeffer-Areal

Herr Großmann berichtet über den aktuellen Stand zum Quartiersplatz Bonhoeffer-Areal anhand einer Präsentation (siehe Anlage). Er legt dar, dass es eine Unterschriftenliste der Bewohner vor Ort gebe, welche gerne bei der Gestaltung des Quartiersplatzes mitwirken möchten. Themenpunkte seien unter anderem die Gestaltung für alle Altersgruppen, die Auswahl der Bepflanzung sowie eine sonnenschutzgerechte Bepflanzung vor Ort. Dies müsse zügig geschehen, um es entsprechend in die Vergabe einfließen lassen zu können.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass er eine Beteiligung der Bewohner wichtig finde. Er möchte wissen, für welche Altersgruppe aktuell Spielgeräte geplant seien.

Stadtrat Franke möchte wissen, wie verhindert werde, dass der Quartiersplatz weiter als Parkplatz benutzt werde. Dies sei aktuell der Fall.

Stadtrat Dobler lobt ebenfalls die Einbindung der Bewohner.

Herr Großmann merkt an, dass aktuell ein Angebot für Kleinkinder angedacht sei. Man werde sich nun ebenfalls Angebote für andere Altersklassen wie beispielsweise für Jugendliche oder Senioren anschauen. Vor Ort werden zudem Poller errichtet, so dass eine Zufahrt auf den Platz nicht mehr möglich sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 22. April 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 23

Anfragen

Stadtrat Scheib teilt mit, dass durch Verkehrsminister Scheuer eine Rad-Strategie beschlossen wurde. Er möchte wissen, wie dies in Backnang behandelt werde sowie, ob die Radinfrastruktur für Backnang und die Umgebung noch präsentiert werde. Zudem erkundigt er sich, wann das Freibad im Hinblick auf die Corona-Pandemie geöffnet werde.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass man aktuell noch nicht einschätzen könne, wie sich die Rad-Strategie auf Backnang auswirke. Wenn man hierzu nähere Informationen erhalte, werde man dazu berichten. Bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt werde man näheres zur Radinfrastruktur in Backnang erläutern.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Eröffnung des Freibades aufgrund der Corona-Verordnung aktuell nicht möglich sei. Außerdem gebe es im Freibad größere Reparaturen, weshalb eine Eröffnung ebenfalls nicht möglich sei.

Stadtrat Franke berichtet, dass aufgrund der Corona-Pandemie viele Menschen Online-Bestellungen tätigen. Die Container seien daher aufgrund der Vielzahl an Kartonagen stark überfüllt. Er bittet darum, die Intervalle der Leerungen zu verkürzen.

Der Vorsitzende antwortet, dass man auf die zuständige Stelle zugehen werde und dies dort anfragen werde.

Stadtrat Hettich berichtet, dass es aktuell in der Aspacher Straße eine Baustelle gebe. Auf der Homepage sei in der Rubrik „Backnang baut“ hierzu nichts vermerkt. Er möchte wissen, um welche Arbeiten es sich handle.

Baudezernent Setzer berichtet, dass es sich um Belagsarbeiten handle, welche bis Ende der Woche andauern werden. Unter der Rubrik „Backnang baut“ werden aktuell nur größere

und länger andauernde Baustellen hinterlegt. Man werde dies zur Kenntnis nehmen und nochmals überdenken, ob auch kleinere Baustellen veröffentlicht werden.